



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis`90/ Die Grünen und FDP
zu „Tarifautonomie stärken“ (Drs. 19/1500(neu))

Fairen Wettbewerb durch Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Tarifbindung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bundesrat fordert mit seinem Beschluss „Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Tarifbindung stärken – verantwortungsvolle Unternehmen schützen und fairen Wettbewerb sichern“ (Drucksache 212/19) vom 07. Juni 2019 die Bundesregierung auf, eine Strategie zur Stärkung der tariflichen Ordnung zu erarbeiten, die den Prinzipien der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie gerecht wird. In einem zweiten Schritt soll die Bundesregierung diese Strategie unter Einbeziehung der Sozialpartner bewerten und dem Gesetzgeber Vorschläge zu möglichen Veränderungen der Rahmenbedingungen machen.

Um eine Stärkung der tariflichen Ordnung unter Wahrung der Tarifautonomie zu erreichen, sollen unterschiedliche Handlungsansätze betrachtet werden. Dies könnten unter anderem die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Verfahrens zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen oder die Sicherung der Datenlage in Bezug auf die sogenannte „überwiegende Bedeutung“ eines Tarifvertrags sein.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung im Bundesrat diesem von Nordrhein-Westfalen eingebrachten Beschluss zugestimmt hat, und unterstützt die Zielsetzung dieses Beschlusses ebenso wie das Ziel selbst, die Tarifautonomie zu stärken.

Begründung:

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind in der sozialen Marktwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Sie haben erheblichen Anteil daran, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammen mit Unternehmerinnen und Unternehmern seit der Nachkriegszeit Wohlstand und Wachstum erarbeiten konnten.

Die deutliche gesunkene Abnahme der Tarifbindungen sowie die geringer gewordene Zahl der in Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer stellen eine Herausforderung dar. Notwendig ist es, unter Einbeziehung der Tarifregister des Bundes und der Länder eine fundierte Bestandsaufnahme vorzunehmen, um auf dieser Basis sachgerechte Handlungserfordernisse zu definieren und umzusetzen.

Werner Kalinka
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Kay Richert
und Fraktion